



**Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen**

## **Frühlingssession des Nationalrates:**

# **Zeitendwende in Europa**

Thürnen, 27. März 2022

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Mit dem Angriff auf die Ukraine verletzt Russland das Völkerrecht und die Souveränität eines demokratischen Landes. Der deutsche Bundeskanzler spricht von einer Zeitenwende und investiert 100 Mrd. Euro in die Aufrüstung in diesem Jahr. Der Bundesrat hat den Schutzstatus S aktiviert und wird den Flüchtenden aus dem Kriegsgebiet unbürokratisch Sicherheit gewähren können. Dieser Krieg macht mich betroffen und er macht auch Angst: Zu lange haben wir uns in einer trügerischen Sicherheit gewöhnt.

Dass wir die Sanktionen der internationalen Gemeinschaft übernehmen, steht nicht im Widerspruch zur Neutralität. Die Neutralität, basiert auf den Haager Konventionen aus dem Jahre 1907. Ein neutraler Staat beteiligt sich demnach nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen anderer Staaten. Seit dem Ende des kalten Krieges beschränkt die Schweiz ihre Neutralität auf den Kern, an keinem bewaffneten Konflikt teilzunehmen und nimmt seither an Sanktionen teil. Nichts tun würde bedeuten, sich auf die Seite des Aggressors und wäre für mich nicht erträglich.

### **Kampfflugzeuge zügig beschaffen**

Die erste Konsequenz für unsere eigene Sicherheit ist, dass die Beschaffung nun rasch erfolgen soll. Die Ankündigung der Stop-F-35-Initiative, die sich gegen die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges richtet, ist nicht nur ein Affront gegen den Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sie ist auch in mehrfacher Hinsicht unverantwortlich. Die Verzögerungstaktik der Armeegegner ist unverantwortlich. Jahrelang wurde von der Linken so getan, dass ein konventioneller Krieg nicht mehr möglich sei. Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage darf sich die Beschaffung auf keinen Fall verzögern und auch das Armeebudget 2022 und die weiteren Projekte müssen priorisiert behandelt und bewilligt werden – nur wenn die Schweiz eine moderne Armee hat, kann sie sicherstellen, dass die Neutralität auch militärisch gewahrt werden kann.

### **Grosse Ehre und neue Aufgaben**

In Krisenzeiten müssen wir zusammenstehen und Funktionieren – ich wurde zur Vizepräsidentin der FDP-Fraktion gewählt, in dieser schwierigen Zeit. Dieser Vertrauensbeweis der gesamten Fraktion ehrt mich sehr. Nach Gesprächen mit Fraktionskollegen haben die positiven Argumente

überwogen. Auch aus Verbundenheit zu meinen Kolleginnen und Kollegen habe ich mich für das Amt entschieden - meine Wahl sorgt zudem für politische Ausgewogenheit in der Fraktion. Mit dieser Aufgabe werde ich auch in den Vorstand der Partei und in den Parteileitungsausschuss einsitzen.

#### **Entsendegesetz: Hoffen auf den Ständerat (21.032)**

Die Einführung von Mindestlöhnen liegt in der Kompetenz der Kantone. Deshalb ist es für mich stossend, dass gegen den Willen der FDP-Fraktion, des Bundesrats sowie des Ständerats eine Mehrheit des Nationalrats in die Hoheit der Kantone eingreift und verlangt, dass die kantonalen Mindestlöhne auch von sogenannten Entsendebetrieben aus der EU, also europäische Unternehmen, die in der Schweiz Mitarbeiter beschäftigen, eingehalten werden müssen.

Notabene: Für die Wirtschaftspolitik, das Arbeitsrecht und das Entsenderecht ist hingegen der Bund zuständig. Diese beiden Kompetenzen sollen nicht vermischt werden.

Am Beispiel der linken Regierung von Basel-Stadt wurde deutlich, dass ein Kanton seinen Einfluss, in diesem Fall in Sachen Mindestlohn, über die Kantonsgrenzen hinaus geltend machen will und damit nationale Gesetze sowie Branchenlösungen zu übersteuern versucht. Nun setze ich mich dafür ein, dass der Ständerat bei seiner Meinung bleibt und die Vorlage in der Sommersession versenkt – ein erstes positives Zeichen sendet die Kommission des Ständerates, die beim Entscheid bleibt und auf «Nichteintreten» setzt.

#### **Zeit für einen indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative (21.055)**

Was die Initiative «Für ein gesundes Klima» verlangt, geht entschieden zu weit. Heizöl, Benzin, Diesel und Gas dürften, würde das Anliegen angenommen, ab 2050 in der Schweiz nicht mehr in Verkehr gesetzt werden. Hinzu kommt, dass die Linke die Gletscherinitiative als Möglichkeit versteht, das im Juni 2021 abgelehnte CO<sub>2</sub>-Gesetz zu reaktivieren. Mit dem direkten Gegenentwurf geht der Bundesrat einen moderateren Weg. Zwar bleibt er beim Ziel «Netto Null bis 2050», verzichtet aber auf ein grundsätzliches Verbot von fossilen Brenn- und Treibstoffen.

Als FDP-Fraktion stimmten wir mit der Mehrheit der Grossen Kammer und lehnten die Gletscherinitiative ab. Mit der Annahme des Gegenentwurfs ermöglichte der Nationalrat zudem eine Fristverlängerung. Damit erhält die Umwelt- und Energiekommission die nötige Zeit, einen bereits beschlossenen indirekten Gegenvorschlag im Detail auszuarbeiten.

#### **Strassenverkehrsgesetz: Raserartikel entschärft (21.080)**

Die Erfahrungen aus der Praxis der letzten Jahre mit «Via sicura», die Anforderungen des Klimaschutzes sowie verschiedene parlamentarische Vorstösse veranlassten den Bundesrat, dem Parlament die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes vorzulegen. Beim sogenannten «Raserartikel» erhalten die Gerichte ab 2023 wieder mehr Ermessenspielraum. Als Erstrat strich die Grosse Kammer die Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr aus dem Gesetz. Neu können auch Geldstrafen ausgesprochen werden. Nur knapp folgte der Nationalrat dem Antrag des Bundesrates, die Mindestdauer des Führerausweisentzuges von 24 auf 12 Monate zu senken.

Nicht einverstanden war eine Mehrheit – ganz in unserem Sinne – mit einer Velohelmpflicht für 12 bis 16-jährige. Denn der Staat muss die Erziehungsberechtigten nicht bis ins Detail von ihrer Vorbildfunktion entlasten. Ab nächstem Jahr dürfen wir andere Verkehrsteilnehmer zudem wieder vor Radarkontrollen warnen – vorausgesetzt, der Ständerat stimmt den vom Nationalrat beschlossenen Änderungen ebenfalls zu.

#### **Digitale Buchführung ist zeitgemäss (22.3004)**

Dass die meisten KMU ihre Buchhaltung nach wie vor zu 100 Prozent in Papierform führen, ist auf Widersprüche zwischen den einschlägigen Artikeln des Obligationenrechts und der Geschäftsbücherverordnung zurückzuführen. Letztere fordert wesentlich höhere Standards bei der digitalen Archivierung, insbesondere was die digitalen Unterschriften und den Zeitstempel betrifft. Für die meisten KMU wäre der Aufwand deshalb viel zu gross, auf eine digitale Buchführung umzustellen. Das passt nicht mehr in die heutige Zeit. Selbst die Eidgenössische Steuerverwaltung hat sich der Entwicklung angepasst und die Papierrechnung der gescannten Rechnung und der elektronischen Rechnung gleichgestellt. Bei der zuständigen Kommission für Rechtsfragen (RK) stellte ich den Antrag, das Thema aufzugreifen. Gegen die daraus entstandene Motion entstand schon in der Kommission keinerlei Opposition, ausser vom Bundesrat. Im Nationalrat wurde sie gegen den Willen des Bundesrates einstimmig mit 179 zu 0 Stimmen gutgeheissen.

#### **Kleiner Fortschritt beim Gentechnik-Moratorium (21.049)**

Die FDP stellt sich seit 2005 gegen das Gentechnik-Moratorium. Auch in dieser Frage stehen wir klar zur Technologieneutralität. Eine Differenz aus dem Ständerat bewirkte im Nationalrat nun immerhin einen kleinen Fortschritt bei der ansonsten nach wie vor eingefrorenen Haltung einer grossen Mehrheit. Die sogenannte Genom-Editierung, bei der kein erbfremdes Material zum Einsatz kommt, erhält eine Ausnahmeregelung. Diese Methode ermöglicht neue, resistenterere Züchtungen von Pflanzen und ist auch in der Wissenschaft unbestritten. Mittels Genom-Editierung gezüchtete Pflanzen sind nach wie vor normale Pflanzen.

Angesichts der Forderungen, Wasser zu sparen, den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren, die Trinkwasserqualität zu verbessern und dem Klimawandel und neuen Krankheiten zu widerstehen, lösen diese neuen Züchtungstechnologien die Probleme gezielt. Selbst Bauernverband und der Verein «Sorgen für morgen» unterstützen diesen Schritt aus der bisher starren Haltung. Hinzu kommt, dass die Mutagenese, bei der Erbgut mittels Bestrahlung verändert wird und die Resultate weit weniger präzise ausfallen, schon seit Jahren praktiziert wird und auch im Biolandbau anerkannt ist.

#### **Gleich lange Spiesse für KMU (20.3531 + 20.3532)**

Das Bundesparlament will strengere Regeln für staatliche und staatsnahe Betriebe. Ziel ist es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Namentlich geht es um Hürden bei Übernahmen. Der Nationalrat hat als Zweitrat zwei entsprechende Motionen überwiesen. Der Bundesrat muss nun

Vorschläge zur Umsetzung machen, es wird namentlich eine Anpassung des Wettbewerbsrechts verlangt. Die FDP setzt sich stets für einen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen ein. Der Entscheid des Nationalrats ist als Erfolg zu verbuchen, nachdem vergleichbare Vorhaben in der Vergangenheit scheiterten. Speziell die zunehmende Expansionsstrategie der Post oder von Energieversorger sorgt immer mehr für Konflikte mit der Privatwirtschaft und muss zwingend von der Politik angegangen werden. Das Ja beider Räte ebnet nun den Weg für mehr Gleichbehandlung im Wettbewerb.

### **Versicherungsaufsichtsgesetz (20.078)**

Nachdem der Nationalrat und der Ständerat 2021 die Revision des Gesetzes guthiessen, kam es in der diesjährigen Frühjahrssession zur Differenzbereinigung. Die Teilrevision umfasst die Themen Sanierungsrecht, Kundenschutzbasiertes Regulierungs- und Aufsichtskonzept sowie Versicherungsvermittlung. Bestritten war vor allem die Einführung einer generellen Ombudspflicht für alle Versicherer. Schliesslich ist der Ständerat in dieser Frage auf die Linie des Nationalrats umgeschwenkt, welcher eine obligatorische Ombudspflicht ablehnte. Nach Ansicht der Ratsmehrheit erfüllt die heutige Branchenlösung ihren Zweck. Diese Meinung vertrat auch die FDP, die eine obligatorische Ombudspflicht als überflüssig und überschliessend empfand. In mehreren Punkten konnte die FDP dazu beitragen, den Regulierungsrahmen ein wenig freier zu gestalten. In der Schlussabstimmung wurde die Revision des Gesetzes in beiden Räten angenommen, vom Ständerat einstimmig und vom Nationalrat mit 186 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen mit 1 Enthaltung.

Die Session war vom Krieg in der Ukraine geprägt. Als reiches Land sind wir in der Pflicht solidarisch zu sein mit all jenen, die nun fliehen, um ihr Leben zu retten. Als Demokratie sind wir in der Pflicht Sanktionen gegen jene zu sprechen, die solch kriegerische Handlungen begehen und als Nation sind wir in der Pflicht, uns so aufzurüsten, dass wir militärisch, politisch und wirtschaftlich nicht erpressbar sind.

Es sind harte Zeiten und wir sind gefordert. Wir werden diese gemeinsam meistern – mit Fleiss und Engagement.

### **Daniela Schneeberger**

Nationalrätin FDP BL

#### **Kontakt:**

[daniela.schneeberger@parl.ch](mailto:daniela.schneeberger@parl.ch)

[www.danielaschneeberger.ch](http://www.danielaschneeberger.ch)

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)